
Herder Korrespondenz

Heft 10

37. Jahrgang

Oktober 1983

Ethik ist nicht primär eine Sache des Gefühls. Sie will mit der Vernunft vernommen und mit dem Verstand begriffen werden.

Manfred Hättich

Gebündelte Ängste

Keine militärpolitische Maßnahme der Nachkriegszeit, nicht einmal die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, hat eine so intensive, heftige und breitgestreute Auseinandersetzung über die Friedensfrage ausgelöst wie der Nato-Doppelbeschluß vom Dezember 1979. Diese beschränkt sich keineswegs auf Gruppen, die den *aktiven Widerstand* gegen die Durchführung einer wahrscheinlich gewordenen Nachrüstung in die Öffentlichkeit tragen, von ihr zeigen sich *große Teile der Gesamtbevölkerung* betroffen. Die Demoskopie produziert dazu zwar eine Menge widersprüchlicher Daten. Aber wie immer diese einzuordnen sind, zweifelsfrei ist sowohl, daß die Sympathien und Wirkungen der Friedensbewegung über diese selbst weit hinausreichen und daß Verständnis und Neigung in dieser Frage vom sonstigen politischen Standort der Betroffenen weitgehend unabhängig sind. Hinzu kommt, daß in der Bundesrepublik härter gestritten wird als anderswo. Dennoch ist die Friedensbewegung weder ein speziell deutsches Phänomen noch sind es die gegen die Nato-Nachrüstung in Europa gerichteten Proteste und Widerstandsformen. Auch *Amerika* als westliche Führungsmacht und hauptverantwortlicher Nato-Akteur bekommt nicht nur Antipathien in Ländern seiner Nato-Partner zu spüren, es muß sich – wie in der Endphase des Vietnamkrieges – mit dem Widerstand in der eigenen Bevölkerung auseinandersetzen.

Ein Beweis – für das, was in Bewegung gekommen ist, sind nicht nur die jetzt gestarteten Gegenaktionen der Unionsparteien, sondern die Tatsache, daß in dieser Zeit die *Kirchen*, vor allem die in solcherart politischen Fragen eher zurückhaltende katholische Kirche, ihre Grundsätze über Krieg und Frieden noch einmal von Grund auf neu formulieren mußten. Wann hat es das schon gegeben, daß innerhalb eines knappen Jahres die katholischen Episkopate von Skandinavien bis Italien, von USA bis Japan sich je eigens zu ein und derselben Sache zu Wort gemeldet haben. Und nur die aufgeheizte Atmosphäre erklärt das sehr weittragende politische Echo darauf. Wie viele und wie eindringliche kirchliche Friedensappelle wurden seit

Pius XII. – und früher schon – veröffentlicht, ohne daß davon viel Aufhebens gemacht wurde.

In den späten siebziger Jahren waren es noch die Reaktoren

Versucht man mitten in den hochgehenden Emotionen die Dinge wenigstens zeitlich etwas zu ordnen, so stößt man allerdings auf etwas Seltsames. Noch in den späten siebziger Jahren war von Friedensbewegung weitem nichts zu spüren, auch öffentliche Angst über den atomaren Ernstfall war nicht sonderlich verbreitet. Viel eher schien damals alles Unheil von der *friedlichen Nutzung der Kernenergie* erwartet zu werden. Daß der atomare Rüstungswettlauf die eigentliche Menschheitskatastrophe wahrscheinlicher machen würde, war auch damals bekannt und vor allem eine gängige These der Friedensforscher. Schließlich stammen die „Fünf Thesen zum Dritten Weltkrieg“ C. F. von Weizsäckers von 1976. Aber aus dem öffentlichen Bewußtsein war erstaunlich lange verdrängt, daß nicht Reaktoren und Endlager, sondern Bomben und Raketen und die ihrer Produktion und Aufstellung *zugrundeliegenden und sie begleitenden Konflikte* unser eigentliches Zukunftsproblem sind. Wer aus Sorge ob einer derartigen Verkennung zukünftiger Lebensbedingungen auf diesen Widerspruch hinwies, fand kein großes Gehör.

Für diesen raschen, wenn auch nicht plötzlichen und vollständigen, aber eigentlich späten *Themenwechsel* gibt es Gründe, komplizierte und einfache. Doch jeder Versuch, sie aufzulisten, setzt sich fast von selbst dem Verdacht aus, verniedlichen zu wollen. Eine Verniedlichung wäre es sicher, sich einfach darauf zu berufen, daß öffentliches Bewußtsein sich in Wellenbewegungen vollzieht und daß je nach Anlaß einmal dieses, einmal jenes Problem hochgeschwemmt wird.

Zutreffender wäre es schon, nach *politischen* Gründen zu suchen, die zu dem Themenwechsel geführt haben. Die späten siebziger Jahre standen noch ganz im Zeichen eines sich verschärfenden Umweltbewußtseins, die zeitlich

mit einem forcierten Ausbau der Kernenergie (als Antwort auch auf die Ölkrise) und den noch weitgehend ungelösten Entsorgungsproblemen zusammenfiel. Zugleich wirkten die Vorstellungen einer auf Dauer angelegten *Entspannungspolitik* nach. Jeder an der Weltlage oder auch nur am Ost-West-Konflikt Interessierte wußte, daß selbst bei fortdauernder Entspannung zwischen Ost und West, das *atomare Dilemma* ungelöst blieb. Auch war damals schon bekannt, daß die sowjetische Seite – was aus deren Sicht nachvollziehbar ist – gerade die Phase der Ost-West-Entspannung zu forcierter Aufrüstung nutzte. Aber der Entspannungsgedanke hielt noch stand, und westliche Auf- oder Nachrüstungsmaßnahmen wurden vorerst hauptsächlich auf den obersten politischen Ebenen ventiliert. Auch der Nato-Doppelbeschluß selbst konnte noch ohne störende Turbulenzen gefaßt werden. Zunächst galt ja das Verhandlungsangebot, nachgerüstet sollte erst werden, wenn ein annehmbares Verhandlungsergebnis nicht zu erreichen war. Ist es von daher nicht natürlich, daß sich erst jetzt, wo es um die strategische Entscheidung geht, aller Widerspruch auf die Nachrüstung konzentriert?

Dies erklärt den Umschwung der letzten zwei Jahre sicher zu einem Teil, macht aber kaum die Heftigkeit und Breitenwirkung der gegenwärtigen Auseinandersetzung verständlich. Die Aufstellung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa würde zwar zu einem weiteren Beweis dafür, daß selbst in einem Teilbereich Bemühungen um einen Rüstungsstopp wieder einmal zu nichts geführt haben. Aber sie verändern nicht die Gesamtsituation, auch nicht das *Ausmaß der Gefährdung*, es sei denn, man sehe die Aufstellung von neuen Marschflugkörpern und Pershing II-Raketen in Westeuropa als Weg zur Erleichterung eines begrenzten Atomkrieges an, wogegen aber die dadurch enger werdende atomare Verzahnung von Amerika und Europa spricht.

Obwohl sich zusätzliche Reizfaktoren anführen lassen – eine amerikanische Führung, die sich verhält wie ein Wild-West-Sheriff, den es plötzlich in die Weltpolitik verschlagen hat; der Umschlag von Entspannungsenttäuschungen in innenpolitische Aggressivität –, macht die *veränderte Situation* für sich allein nicht einsichtig, wieso aus einer Kampagne gegen eine Teilnachrüstung in so kurzer Zeit eine radikal-pazifistische Bewegung von solchen Ausmaßen und von solcher Militanz geworden ist.

In der Friedensbewegung trifft vieles zusammen

Vermutlich läßt sich die Friedensbewegung besser verstehen, wenn man sich die *gesamte Bewußtseinslage der mit Zukunftssicherung beschäftigten Bewegungen* während der letzten acht bis zehn Jahre vergegenwärtigt. Ihre Entwicklung zeichnet sich international am deutlichsten in den Schriften des *Club of Rome* ab. Dieser hat zunächst zwar allein beim Ressourcen- und Umweltthema angesetzt und auch in späteren Publikationen (z. B. „Das menschliche Dilemma“) die nukleare Bedrohung nur als eines von

mehreren Globalthemen behandelt. Aber die Art und Weise, wie der Club seine Überlebensstrategien und neuen Lerntheorien moralisch grundierte, läßt vieles von dem erkennen, was sich nach und nach in allen zeitgenössischen Protestbewegungen wiederfindet: ein ebenso enthusiastisches wie vages, auf „visionäre“ und „kreative“ Fähigkeiten der Menschen setzendes Ethos, das auf die moralische Kraft des einzelnen setzt, diese aber mit der Reform von Institutionen nur undeutlich zu verbinden weiß.

Parallel dazu gibt es gerade in der Bundesrepublik zeitlich wie sachlich *gleitende Übergänge* von der Antikernkraft-, der Umwelt-, teilweise auch der Dritte-Weltbewegung zur Friedensbewegung. Bekannte Leitfiguren von *Erich Fromm* über *Robert Jungk* bis *Erhard Eppler* bestimmten diesen Weg. Die „Grünen“ sind als politische Organisation trotz interner Spannungen zu einer der wichtigsten in die Breite wirkenden Stützen der Friedensbewegung geworden. Wichtig ist dabei, daß alle diese Strömungen von den Ideen und den Demonstrationsformen der aufblühenden Bürgerinitiativen gelernt haben. So treffen sich in der Friedensbewegung nicht nur unterschiedliche, einander überschneidende Protestbewegungen, sondern sie alle haben außer identischen Leitfiguren gemeinsame Wurzeln. Sie nähren sich aus dem gleichen Zeitgefühl, aus der gleichen Art, die der Menschheit drohenden Gefahren und damit deren Zukunftschancen zu sehen – und sie verbindet ein und dasselbe *Politikverständnis*. Ihr *Zeitgefühl* ist bestimmt von einer elementaren Bedrohung menschlicher Existenz, die nicht als fern und abstrakt, sondern als unmittelbar, konkret und total empfunden wird. Gründe für die Bedrohung gibt es viele: vom Ressourcenverbrauch über die vermutete radioaktive Verseuchung bis zum atomaren Holocaust. Aber es sind nicht nur diese Menschheitsprobleme, die als lebensbedrohend empfunden werden, sondern dazu zählen auch Großtechniken insgesamt und auch Großorganisationen (staatliche und gesellschaftliche Bürokratien): alles, was den Menschen beherrscht und was er umgekehrt scheinbar oder wirklich nicht zu beherrschen vermag. Diese Bedrohungen sind mehr oder weniger auf je eigene Weise real und werden auch von der Allgemeinheit als solche empfunden. Ihr Schwergewicht bei der Friedensbewegung erhalten sie nicht aus dem Charakter atomarer Vernichtungswaffen allein, sondern aus einer *Bündelung von Ängsten* angesichts der verschiedenen, als vital verstandenen Bedrohungen: Jede für sich bedroht die Existenzgrundlagen, alle zusammen aber machen Leben schlechthin unmöglich. Auf diese Weise wird das *Überleben* zur beherrschenden Parole, das Leben selbst zum allein bestimmenden Wert, mit dem kein anderer sich messen kann.

Schillers Zweizeiler aus der „Braut von Messina“ „Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Übel größtes aber ist die Schuld“, älteren Pennälern noch von ihren Deutschstunden her geläufig, ist da nicht nur deswegen nicht mehr nachvollziehbar, weil Kantsche Pflichtethik nicht praktikierbar erscheint, sondern weil Schuld und Vergehen gegen das Leben zusammenfallen.

Hinter den Evidenz-Gefühlen verbirgt sich ein ganz bestimmtes Politikverständnis

Diese Subsumierung geballter Bedrohungen unter die Friedensfrage macht diese erst zum eigentlichen Kampftema. Weil Krieg die realste, Atomkrieg die vollständigste Vernichtung von Leben, die in der Tat lebensfeindlichste Veranstaltung ist und alle Bedrohung des Lebens etwas Tötendes, Kriegsähnliches hat, wird Krieg nicht mehr einfach verstanden als bewaffnete Auseinandersetzung zwischen politischen Mächten, sondern wird sehr unspezifisch ausgedehnt auf vieles andere. Nicht untypisch für diese Vermischung gleichsam aller Übel in einem ist die Feststellung von *Dorothee Sölle*, wir lebten bereits jetzt in einem „Krieg der Reichen gegen die Armen“ und täglich stürben Tausende in diesem Krieg. Im Rahmen solcher *Begriffsmischung* ist auch die Behauptung verständlich, daß nicht nur der Einsatz von Waffen gegen einen militärischen Gegner, sondern Rüstung selbst Krieg ist. Aus dem alles bedrohenden Krieg wird alles, was bedrohlich ist, zum Krieg. Krieg gegen die Umwelt, Krieg gegen die Armen, Krieg der Politiker gegen die Völker. An die Stelle einer klaren Analyse der politischen und psychologischen Zusammenhänge und der dafür notwendigen Unterscheidungen treten „Evidenz-Gefühle“ (*Hermann Rudolph*).

Solche von Bedrohungsängsten bestimmte emotionale Handlungsantriebe sind für alle gegenwärtigen politisch-ethischen Protestbewegungen bezeichnend. Sie alle verbindet mehr oder weniger abgestuft ein tiefsitzender Zweifel nicht nur an unserer Fähigkeit, uns vor kriegerischer Selbsterstörung *politisch*, d.h. durch Verhandlungen und mit den Methoden einer repräsentativen Demokratie zu schützen, sondern daran, ob wir überhaupt in der Lage sind, die Gegenwartswelt als Produkt technischer Rationalität zu bewältigen. Deswegen der Umschlag von der Argumentation in den Protest.

Und in das Mißtrauen gegen ihre Produkte mischt sich das *Mißtrauen gegen die Vernunft selbst*. Oder, wo man sich nicht generell gegen die Ratio, sondern nur gegen die technisch-institutionell „isolierte Vernunft“ wendet, wird diese Wendung verknüpft mit einer vorrangigen Option für das Gefühl, für die „Rückgewinnung der Emotionen“ gegen die Lebensfeindlichkeit zeugende funktionalistische Vernünftigkeit und sei es auch nur, weil man Gefühle für „wahrhaftiger“ hält. Und weil offenbar die Politiker für die schlechthinigen Repräsentanten einer todbringenden Vernunft gehalten werden, kann sich jemand auch zu einem Satz versteigen wie dem: „Die heutige Politik plant das Ende allen Lebens, das schiere Nichts“ (*Franz Alt*). Daß zwischen „Planen“ und Eingehen eines Risikos nicht nur ein gedanklicher, sondern realer Unterschied ist, wird angesichts der Anhäufung von teilweise nicht mehr kalkulierbaren Risiken offenbar nicht mehr realisiert. Aus dem Risiko wird gleich die Planung des Untergangs.

Dennoch dürften solche Querschlüsse noch nicht das eigentliche Problem sein, sondern ein jedenfalls die mili-

tantan Teile der Friedensbewegung wie alle ihr verwandten Protestbewegungen bestimmender *ethischer Fundamentalismus*: Hinter die Evidenz-Gefühle gibt es kein Zurückfragen mehr. Es genügt das Bekennen der Gefühle. Und dieser Fundamentalismus verbindet sich seinerseits mit einem *Politikverständnis*, das Politik vor allem als Gefühl und Erleben wahrnimmt, „das auf die unmittelbare Einlösung des Verlangens nach Identität und Lebenswelt gerichtet ist“ (*Hermann Rudolph*).

Wenn mit der Friedensbewegung im Streit liegende Politikwissenschaftler ihren Anhängern „pharisäische“ (*Manfred Hättich*) oder gar „manichäische Züge“ (*Dolf Sternberger*) anlasten, dann liefert deren Bindung an ein solches Politikverständnis dazu den Hintergrund. Wer ein *Lebensgefühl*, wie immer das im einzelnen beschaffen ist, zu einem *Hauptkriterium von Politik* macht, wird dabei notwendig der persönlichen und Gruppenatmosphäre verhaftet bleiben und schwer einen problemgerechten Zugang zu den auf Großorganisation beruhenden Staatsaufgaben finden, schon gar nicht in Fragen militärischer Sicherheit und politischer Bündnisse. Die „guten Menschen“ auf der einen und die „bösen Politiker“ auf der anderen Seite sind dann fast ebenso unvermeidliche Rationalisierungen wie die „gute Gesinnung“ und die „und die „todbringende Politik“. Die plebiszitäre Lösung von Sicherheitsfragen wird damit selbstverständlich.

Nicht nur handeln, sondern die Gründe des Handelns vermitteln

Darum gilt es im Umgang mit der Friedens- und den ihr verwandten Bewegungen zweierlei zu beachten. Zunächst die den Ängsten zugrundeliegenden Fakten: die atomare Überrüstung ebenso wie der bisher nirgends wirklich erfolgreiche Versuch, sie zu begrenzen; den Umstand, daß das Gleichgewicht gegenseitiger Abschreckung nicht die sich von selbst verstehende Methode der Kriegsverhütung ist ebenso wie das gleichermaßen militärische wie ethische Dilemma, daß keine Strategie der Kriegsverhütung eine auch nur einigermaßen dauerhafte Garantie gegen den Ausbruch der Katastrophe bietet, sondern nur eine *vergleichsweise größere Wahrscheinlichkeit*, daß der Ernstfall vermieden werden kann.

Aber zu diesen unbestreitbaren Fakten muß die Einsicht kommen, daß bestimmte *geschichtliche Entwicklungen* nicht einfach aufgehoben oder rückgängig gemacht werden können. Niemand muß Determinist sein, um zu wissen, daß wir nicht hinter das Atomzeitalter zurück können, daß wir unter seinen Bedingungen leben müssen. So gesehen kann der Satz C. F. von Weizsäckers, daß „der Frieden zu den Lebensbedingungen des Atomzeitalters gehört“, auch als eine *Chance* begriffen werden: unter atomaren Verhältnissen bleibt gar nichts anderes übrig als Frieden zu halten, so schwierig eine solche Politik auch ist. Sie setzt auf jeden Fall voraus, daß die tatsächlichen geschichtlichen Lebensbedingungen akzeptiert und innerhalb dieser Bedingungen eine Lösung gesucht wird. Dazu

gehört auch, daß Friedensstrategien nur stufenweise und unter Rückschlägen wirksam werden können. Wer alles auf einmal will, den „absoluten“ Frieden durch einseitige oder gar totale Abrüstung, handelt sich notwendig Enttäuschungen ein, deren politische und existentielle Bewältigung nicht weniger schwierig sein wird als eine rationale Bewältigung der Bedingungen des Atomzeitalters selbst.

Deswegen genügt es nicht, daß Staatsmänner sicherheitspolitische Gefahren kalkulieren und selbst so handeln, wie es die Abwägung aller erkennbaren Bedingungen und möglichen Folgen erlaubt, sie müssen dieses ihr Handeln der Bevölkerung auch verständlich machen können. Dafür ist unsere oft von Primitivkommunikation bestimmte politische Kultur schlecht gerüstet. Aber schließlich können Politiker gerade in Phasen höchster öffentlicher Anspannung nicht darauf verzichten, überzeugen zu wollen. Dazu gehört, daß sie als Politiker der Öffentlichkeit vermitteln, daß *Gesinnung*, so sehr sie den einzelnen auszeichnen mag, *von Politikern wie von jedem konkret zu verantworten ist*, daß *Gesinnung* nicht etwas ist, was mir Gewißheiten über sittlich richtiges Handeln eingibt, sondern daß ich die Kriterien des Handelns in der jeweils konkreten Situation erst finden muß.

Aber vielleicht ist neben diesem gewiß nicht einfachen Problem das andere noch entscheidender: klarzumachen, daß Weltpolitik nicht nach Erlebniskriterien von Gruppenbeziehungen gestaltet werden kann, sondern Völker auf politische Repräsentation angewiesen, daß plebiszitäre Verteidigungspolitik um so unmöglicher ist, je schwieriger sich die Situation darstellt.

Wenn im Blick auf die gegenwärtige Nachrüstungsaueinandersetzung etwas zum geistigen Führungsauftrag des Politikers gehört, dann sind es diese *beiden Punkte*. Gelänge das nicht, und zwar nachhaltig und auf Dauer nicht, müßte man sich nicht nur über die Friedensbewegung und ihre mehr oder weniger gewaltfreien Aktionen Sorgen

machen, es entstünden schlechte Aussichten für den inneren Frieden und das demokratische Miteinanderauskommen auch in anderen Bereichen. Deswegen gehört zur „geistigen“ Führung durch Politiker in dieser Situation wohl auch, daß sie über rational begründete Ängste nicht einfach hinweggehen, sondern sie ernst nehmen, aber dabei klarmachen, daß sie die grundlegenden Voraussetzungen unserer atomar bedrohten Existenz nicht aufheben können: die sittlich gebrochene menschliche Existenz, und daß diese Gebrochenheit der Rahmen ist, in dem Friedenspolitik stattfindet.

Wo die Kirchen helfen könnten

In diesem Punkt könnten auch die Kirchen behilflich sein: weniger durch prinzipienethische Erklärungen, die in der konkreten Entscheidungssituation immer nur von recht teilweiser Wahrheit sind, sondern indem sie – nach allen Seiten, also möglichst unparteiisch – sagen, was sie aus ihren Glaubenslehren und ihrer eigenen Geschichte über den Menschen und seine Fehlbarkeit wissen. Prediger und Pastoren könnten wieder etwas öfter darüber nachdenken, daß es über das menschliche Leben keine Gewißheiten gibt, auch nicht über das Leben und die Geschichte selbst und daß uns *Zukunft* um so eher verlorengeht, je weniger wir bereit sind, in *Ungewißheiten* zu leben. Sie könnten, wenn sie sich im Streit zwischen öffentlicher Gewalt und gesellschaftlichem Protest als Geistliche zu schaffen machen, auch wieder öfter öffentlich über die Erbsünde als menschliche Befindlichkeit nachdenken, und zwar auch darüber, daß die Wirkungen der Erbsünde sich zwar knüppeldick in den von Menschen geschaffenen Institutionen niederschlagen, daß die primären Träger der Erbsünde aber wir selbst sind. Präsumierte Unschuld, bei sich selbst oder gegenüber dem politischen und militärischen Gegner, wäre das letzte, was unter dem Atomschirm ein Gefühl der Sicherheit gäbe. *D. A. Seeber*

Amtsdiskussion: Klarstellungen der Glaubenskongregation

Es ist etwas mehr als zehn Jahre her, daß die römische Glaubenskongregation ihre „Mysterium ecclesiae“ betitelte „Erklärung zur katholischen Lehre über die Kirche und ihre Verteidigung gegen einige Irrtümer von heute“ vorlegte (vgl. den Text in HK, August 1973, 416–421). Die Erklärung, die damals innerkatholisch wie ökumenisch einiges Aufsehen erregte und sehr kontrovers aufgenommen wurde, handelte im letzten Abschnitt von der Verbindung der Kirche mit dem Priestertum Christi. Dabei bekräftigte sie die Lehre der römisch-ka-

tholischen Kirche über den wesenhaften Unterschied zwischen dem allgemeinen Priestertum aller Gläubigen und dem Amtspriestertum sowie über den durch die Weihe verliehenen „character sacramentalis“.

Mit ihrem am 8. September veröffentlichten „Schreiben an die Bischöfe der katholischen Kirche über einige Fragen bezüglich des Dieners der Eucharistie“ (vgl. *Osservatore Romano*, 9.9.83) hat die Glaubenskongregation wiederum zu diesem Thema Stellung genommen. Sie hat sich dabei *auf einen Punkt konzentriert*, der in „Mysterium

ecclesiae“ nur knapp angesprochen worden war: Das Schreiben weist mit Nachdruck die Auffassung zurück, „die Vollmacht, das Sakrament der Eucharistie zu vollziehen, sei nicht notwendigerweise mit dem Weihesakrament verbunden“.

„Irrige Meinungen“

Das Schreiben zählt in vier Punkten „*irrig*e Meinungen auf“, die nach Meinung der Glaubenskongregation in die von ihr zurückgewiesene Schlußfolgerung einmünden. Es handelt sich um